Resolution: Für die Sicherung des Existenzrechts Israels!

Die Jusos Berlin machen anlässlich der Situation in Nahost und der darum stattfindenden Debatte in der deutschen Öffentlichkeit mit Nachdruck deutlich, dass das Existenzrecht Israels unabdingbar ist.

Erklärtes Ziel der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gazastreifen und im Westjordanland ist es, Israel zu zerstören. Dabei richtet sich der Hass nicht allein auf die Politik des Staates Israel, sondern auf Jüdinnen und Juden im Allgemeinen. Der militante Islamismus propagiert und vollstreckt einen eliminatorischen Antisemitismus. Israels Aktionen sind nicht darauf gerichtet, den Libanon oder ganze Gebiete der PalästinenserInnen zu zerstören, sondern die friedliche Existenz des eigenen Staates zu sichern.

10

20

25

30

35

40

Wir beurteilen nicht einzelne Kriegshandlungen, heißen diese gut, relativieren oder verurteilen diese. Völkerrechtliche und rechtsstaatliche Grundsätze sind einzuhalten. Die Eskalation des Konflikts, die nun zu kriegerischen Handlungen geführt hat, kann in keinerlei Weise als positiv bewertet werden. Die vielen Opfer, die dieser Konflikt hervorgebracht hat, sind zutiefst zu bedauern.

Wir meinen allerdings auch, dass auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht außer Acht gelassen werden darf, was die Motive sind, aus denen heraus die beiden Seiten agieren und nach denen sich auch deren konkrete Handlungen ausrichten. Israel versucht, die Infrastruktur, so diese für Hisbollah von Relevanz ist, zu zerstören und dabei die libanesische Zivilbevölkerung durch Flugblätter und Radiosendungen zu warnen. Die Hisbollah agiert mit Raketen, die explizit auf die israelische Bevölkerung gerichtet sind, und möglichst viele umbringen sollen.

In diesem Kontext nehmen wir die Einseitigkeit, die teilweise in der deutschen Öffentlichkeit und auch gerade in Teilen der SPD in diesem Konflikt vorherrscht, als gefährlich wahr. Wir fragen uns, warum grundsätzlich von "unschuldigen Opfern" gesprochen wird, wenn es sich um Opfer israelischer warum wir Aktionen handelt, oder immer und immer wieder "Unverhältnismäßigkeit" des israelischen Agierens vorgehalten bekommen. Es ist erstaunlich, wie schnell und wie eindeutig so viele Menschen beurteilen können, was verhältnismäßig und was unverhältnismäßig ist, wenn ein Land von einem benachbarten Land mit Raketen beschossen wird und dessen Soldaten gekidnappt werden.

Israel ist die einzige gefestigte Demokratie in dieser Region und verdient folglich nicht nur aus historisch-spezifischen, sondern aus politischen Gründen unsere volle Unterstützung. Was militante IslamistInnen z.B. zum Verhältnis von Männern und Frauen oder zum Umgang mit Homosexualität fordern, ist bekannt und kann für Linke wie für alle DemokratInnen in keinerlei Weise ein positiver Bezugspunkt sein. Die Demokratisierungsbestrebungen in den Nachbarländern Israels müssen deshalb von der Weltgemeinschaft noch mehr als bisher mit entsprechenden Programmen zu Förderung von Bildung, Gesundheit etc. und mit Entwicklungshilfemaßnahmen unterstützt werden. Waffen allein haben noch nie dauerhaft einen Konflikt gelöst.

Wir möchten außerdem darauf hinweisen, dass es im Gegensatz zu früheren Situationen eine große Unterstützung in der israelischen Gesellschaft für die

Aktionen Israels gibt. Israel hat sich aus dem Gaza-Streifen vor einem Jahr und aus dem Südlibanons vor sechs Jahren zurückgezogen und damit den Versuch unternommen, einen Frieden zu ermöglichen. Seitdem ist Israel mit verstärkten Angriffen sowohl im Süden als auch im Norden konfrontiert.

50

55

60

65

Im Gegensatz zu den Vernichtungsabsichten der Hisbollah und der Hamas ist es Ziel Israels, einen stabilen Frieden mit seinen Nachbarn herzustellen. So lange Hamas und Hisbollah an den jeweiligen Regierungen beteiligt sind bzw. keine Anstrengungen unternommen werden um jene Kräfte zu entwaffnen, die sich Israels Vernichtung auf die Fahne schreiben, stellt sich die Frage, wie Friedensabkommen geschlossen werden können.

Die Entscheidung, ob sich die Bundeswehr an einem Auftrag der Vereinten Nationen im Libanon beteiligt, steht an. Im Falle, dass Israel Deutschland explizit um Unterstützung für die Sicherung seines Existenzrechtes bittet, kann man sich dem unseres Erachtens schwer entziehen. Ein möglicher Einsatz der Bundeswehr wäre unserer Auffassung nach nur mit der eindeutigen Intention, die Grenzen Israels zu schützen, denkbar. Aufgrund der besonderen historischen Situation halten wir es aber nicht für vertretbar, dass sich die Bundeswehr mit Kampftruppen an dem Einsatz beteiligt, die Unterstützung sollte vielmehr im wesentlichen aus Unterstützungstruppen bestehen.

Eine UN-Mission muss unseres Erachtens auch zum Ziel haben, die Souveränität des Libanons gegenüber Syrien und Iran durchzusetzen. Waffenschmuggel und Waffenlieferungen an die militanten islamistischen Gruppierungen beispielsweise über den Libanon sind zu unterbinden, denn gerade diese haben zur Destabilisierung der gesamten Region und zur Bedrohung Israels geführt.